

PLENUM 2019



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Grundrente: Arbeit muss sich lohnen

GABRIELA HEINRICH:

Europa ist die Antwort

MARTINA STAMM-FIBICH:

Selbstötung: Eine ethische Frage

MARTIN BURKERT:

Innovationsschub für die Schiene

CARSTEN TRÄGER:

Die Mär vom bösen Wolf

Arbeit muss sich lohnen

Die SPD treibt im Bundestag die Pläne für die Grundrente an. Drei bis vier Millionen Menschen könnten von der Neuberechnung der Rente profitieren.

Dass viele Rentnerinnen und Rentner, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben, von Beträgen nahe der Grundsicherung leben müssen, ist ungerecht. Auch in unserer Region wächst die Zahl älterer Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind und viele bessern ihr Einkommen mit Minijobs auf. Für uns als SPD ist das ein klarer Auftrag. Denn Arbeit muss sich lohnen – auch für die Rente.

Wir sind davon überzeugt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre Leistungen im Arbeitsleben auch im Alter gerecht entlohnt werden müssen. Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter ordentlich abgesichert sein und gut leben können. Auf diesen Grundsatz des Sozialstaats muss Verlass sein. Dafür sind wir zur Bundestagswahl 2017 angetreten.

Arbeitsminister Hubertus Heil hat nun ein gerechtes und finanzierbares Konzept für eine Grundrente vorgestellt. Die Grundrente soll dabei vor allem den Menschen, die lange in die Rentenkasse eingezahlt haben, aber aufgrund niedriger Einkommen während des Arbeitslebens nur eine kleine Rente erhalten, zugutekommen.

Auch Erziehungs- und Pflegezeiten werden stärker berücksichtigt. Davon werden viele Frauen profitieren. Denn sie sind besonders oft von Altersarmut betroffen, weil sie häufiger unbezahlte Arbeiten für die Familie übernommen,

mehr in Teilzeit und oft in Bereichen gearbeitet haben, in denen schlecht gezahlt wird.

Die wichtigste Verbesserung für viele Menschen wäre wohl, dass sie - ohne Bedürftigkeitsprüfung, wie sie die Unionsparteien fordern – nicht mehr die Aufstockung ihrer Rente beantragen müssten. Das macht einen großen Unterschied: Denn viele Menschen beantragen selbst dann keine Sozialleistungen, wenn sie ihnen zustehen – oft aus Scham. Mit Respekt vor der Lebensleistung hat eine Bedürftigkeitsprüfung bei der Rente deshalb nichts zu tun.

Der zweite große Pluspunkt ist, dass die Grundrente zwar steuerfinanziert wäre, es sich aber um eine Leistung der Rentenversicherung handelt. Das

heißt, auf die Grundrente gibt es einen Anspruch als Versicherungsleistung und zwar unabhängig vom Einkommen des Ehepartners. Sie ist keine Sozialleistung, sondern Anerkennung von Lebensleistung.

Die Grundrente und ihre Berechnung auf Basis der Entgeltpunkte haben den Vorteil, dass ihre Entwicklung über den Rentenwert an die der allgemeinen Altersrente gekoppelt ist. Eine Erhöhung der Altersrente über eine Erhöhung des Rentenwertes hätte einen entsprechenden Anstieg der Grundrente zur Folge. Bei der Grundsicherung im Alter ist dieser Automatismus so nicht gegeben.

Die Finanzierung der Grundrente ist lediglich eine Frage der Prioritäten. Die geschätzten Kosten der Grundrente liegen bei 5 Milliarden Euro pro Jahr. Davon werden 3 bis 4 Millionen Menschen profitieren. Die von den Unionsparteien, der FDP und der AfD geforderte Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die 10 reichsten Prozent würde hingegen über 11 Milliarden Euro pro Jahr kosten.

In Zukunft soll für alle, die mindestens 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, zu diesem Betrag ein Zuschlag hinzugerechnet werden. Dieser berechnet sich aus den Entgeltpunkten, multipliziert mit dem Rentenwert und den 35 Beitragsjahren, für die er berechnet wird. Die Entgeltpunkte werden für die 35 Jahre somit verdoppelt.

Infokasten Rente

GRUNDRENTENZEIT

Wer mindestens 35 Jahre „Grundrentenzeiten“ hat, erhält einen Zuschlag auf seine Rente. Das sind Pflichtbeitragszeiten aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflege.

ENTGELTPUNKTE

Ab einem Durchschnitt von 0,2 Entgeltpunkten (EP) wird dieser verdoppelt, maximal auf 0,8 EP pro Jahr. Ist der ermittelte Wert höher, besteht kein Anspruch auf den Zuschlag.

FREIBETRÄGE

Ergänzt wird das Konzept mit Freibeträgen beim Wohngeld (125 Euro) und der Grundsicherung (25 Prozent der individuellen Rente, maximal 106 Euro).



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Europa ist die Antwort

SPD setzt ein Zeichen pro EU. Lösungen für die Fragen nach Wirtschaft, Mobilität, Migration und Umweltschutz müssen gemeinsam gefunden werden.

Letzte Woche haben wir in der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion über unser Programm für die Europawahl gesprochen. Die SPD macht mit dem Programm eine klare Ansage: Europa ist die Antwort!

Unsicherheit und Zweifel begegnen

Wir alle haben es gemerkt: Der Ton in Europa ist rauer als noch vor einigen Jahren. Nicht zuletzt die Finanzkrise hat dafür gesorgt, dass viele Menschen unsicher geworden sind und am europäischen Zusammenhalt zweifeln. Parteien in ganz Europa sind die Gesichter dieses Zweifels geworden und schüren die Ängste der Bürger und Bürgerinnen, um an Europa zu rütteln. Die SPD ist der Überzeugung, dass wir nur vereint stark sein können und hat klare Antworten auf die Herausforderungen Europas formuliert.

Wir sind ein Kontinent – also lasst uns auch so handeln

Wir stehen vor großen Herausforderungen, die man größer denken muss, um ihnen gerecht zu werden. Der Klimawandel beispielsweise erfordert eine gemeinsame Strategie zugunsten der erneuerbaren Energie in ganz Europa. Der Arbeitsmarkt ist längst europäisch geworden, aber auch hier müssen wir für gute Arbeitsverhältnisse in ganz Europa sorgen, zum Beispiel mit armutsfesten Mindestlöhnen. Die Mobilität zwischen den Ländern kann intelligenter und zukunftsfest gestaltet werden, wenn sie europäisch organisiert wird. Das Thema Migration

nach Europa schreit seit Jahren nach einer einheitlichen und humanitären gesamteuropäischen Lösung. Mit einer fairen Handelspolitik kann Europa sich im Weltmarkt noch stärker positionieren und Globalisierung sozial gestalten. Digitalisierung, Verteidigung, Besteuerung von Konzernen – die Liste ist lang an Aufgaben, die sich nur gemeinsam lösen lassen. Wir haben ein Programm erstellt, das sich dafür stark macht.

„Die europäische Idee ist die Antwort auf die großen Aufgaben der Zukunft“

onieren und Globalisierung sozial gestalten. Digitalisierung, Verteidigung, Besteuerung von Konzernen – die Liste ist lang an Aufgaben, die sich nur gemeinsam lösen lassen. Wir haben ein Programm erstellt, das sich dafür stark macht.

Der Brexit geht mit schlechtem Beispiel voran

Großbritannien hat sich entschieden, aus der Europäischen Union auszuweichen. Natürlich stehen wir weiter für enge und partnerschaftliche Beziehungen zu Großbritannien – aber es scheint absehbar, dass die Konsequenzen für die britische Bevölkerung

und auch für etliche Europäerinnen und Europäer viel schmerzhafter sind, als viele erwartet haben. Das zeigt uns deutlich, dass das Verlassen der EU auf jeden Fall eine ganz schlechte Alternative ist. Länder wie Ungarn, die einen Anti-Europa-Kurs fahren und das nationalistisch begründen, sollten sich vielleicht nochmal überlegen, ob ihre Bevölkerung nicht ehrlicherweise von den Vorzügen der Europäischen Union profitiert.

Zusammenhalt statt nationaler Alleingänge

Populistische Parteien, Rechte und Nationalisten streuen Ängste und suchen das Vertrauen in die Demokratie zu stören. Diese Politik ist rückwärtsgerichtet. Der Europäische Zusammenhalt ist gefährdet – aber wie sollte man Herausforderungen besser begegnen, als an einem Strang zu ziehen? Wenn jeder Staat seine eigene Suppe kocht, werden Herausforderungen wie Klimawandel, Migration, gute Arbeitsverhältnisse, moderne Mobilität und eine starke Wirtschaft für immer ein Problem bleiben. Lösungen finden sich nur gesamteuropäisch – nur so lässt sich die Lebensqualität in Europa weiter verbessern.

Nur so können wir Europa als Friedensmacht stärken. Laut Umfragen ist das Vertrauen in Europa mit 60% sehr hoch – es scheint, als wären die Stimmen der Europagegner einfach nur lauter. Das bestärkt uns in unserem Vorhaben: **#europaistdieantwort**.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://www.facebook.com/martina.stammfibich)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Eine ethische Frage

Die Entscheidung über das Thema Selbsttötung bleibt umstritten. Eine Antwort finden wir nicht über einen Fraktionszwang, sondern mit einer offenen Diskussion.

Darf ein Mensch seinem eigenen Leben ein Ende setzen? Die eindeutige Antwort auf diese Frage lautet: Ja! Die Frage danach, wer einen Menschen dabei unterstützen dürfen sollte, ist deutlich komplexer und nicht nur juristisch heikler. Bei einer Öffentlichen Anhörung mit Expertinnen und Experten haben wir darüber im Gesundheitsausschuss diskutiert.

Selbsttötung ist ein extrem sensibles und nach wie vor umstrittenes Thema. Für mich steht dabei das Recht auf persönliche Selbstbestimmung außer Frage. Die Unterstützung der Selbsttötung berührt aber direkt Gewissensfragen. Das gilt umso mehr, wenn es um staatliche Stellen geht.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte 2017 geurteilt, dass Patientinnen und Patienten in extremen Notlagen Zugang zu einem tödlichen Betäubungsmittel bekommen müssen. Seitdem wurden über 100 Anträge für die Erlaubnis zum Erwerb von Suizidarzneimitteln beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) gestellt. Im vergangenen Juli verfügte das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), dass das BfArM nicht darüber entscheiden dürfe.

Ob das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nun verfassungsmäßig ist oder die Entscheidung des BfArM rechtmäßig, das ist in der juristischen Fachwelt umstritten. Das ist für mich aber nicht die zentrale Frage in der



Martina Stamm-Fibich, Patientenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, diskutiert mit MdB Bettina Müller im Gesundheitsausschuss.

Foto: editorial247.com

Diskussion. Viel wichtiger ist meiner Meinung nach die ethische Frage, wer wem und wann Sterbehilfe leisten darf. Und ob der Staat und seine Vertreterinnen und Vertreter verpflichtet sind, diese Absicht des Einzelnen zu unterstützen.

Es geht um grundsätzliche moralische und ethische Fragen, nicht bloß um Verfahrens- und Zuständigkeitsfragen. Die Antworten betreffen das eigene Gewissen und können nicht an der Fraktionszugehörigkeit festgemacht werden. Deshalb müssen wir uns im Bundestag grundsätzlich und ausführlich beschäftigen. Dafür haben

wir zwischen allen Fraktionen eine Orientierungsdebatte vereinbart, in der wir uns ergebnisoffen über unsere Meinungen austauschen.

Aus meiner Sicht darf es nicht sein, dass Behörden oder ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Gewissensentscheidung in der aktuellen, ungeklärten Situation treffen dürfen oder treffen müssen. Die damit verbundene Unsicherheit ist niemandem zumutbar. Ausführliche Informationen und die Stellungnahmen zur Anhörung gibt es unter: <https://www.bundestag.de/ausschuesse/a14/anhoerungen/rechtssicherheit-inhalt/584246>



Martin Burkert | Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach

✉ martin.burkert@bundestag.de

☎ 030 - 227 733 63

🌐 www.martin-burkert.de

📘 [facebook.com/burkertmartin](https://www.facebook.com/burkertmartin)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Innovationsschub für die Schiene

Klimafreundliche Mobilität braucht eine starke Schiene. Darüber herrschte beim parlamentarischen Abend der Bahnindustrie Einigkeit

Vergangene Woche war ich auf dem Podium des Verbandes der deutschen Bahnindustrie zum Thema Innovative Mobilität. Dabei ging es unter anderem um digitale Lösungen für den intelligenten Güterzug und um Digitalisierung an Europas größtem Eisenbahnhafen in Hamburg.

Deutschland ist auf dem Weltmarkt – noch – Spitzenreiter für Bahntechnologie. Elektromobilität, Hybrid-, Wasserstoff- oder Batterieantriebe sind auf der Schiene schon heute Realität. Innovationen sind aber vor allem auch für die Zukunft der Schlüssel für eine attraktive, wettbewerbsfähige Schiene.

Nur ein spürbarer Innovationsschub kann den Anteil der Schiene am Verkehr signifikant steigern. Deshalb müssen wir nachhaltige Innovationen im Schienensektor fördern, wenn die Schiene der Verkehrsträger der Zukunft werden soll. Wie im Masterplan Schienengüterverkehr vereinbart, wollen wir 500 Millionen Euro für die Haushaltspläne 2020 und die Folgejahre für den Schienengüterverkehr einstellen.

Ohne Innovationsförderung und Investitionen in die Schienenverkehrsfor- schung wird Deutschland seine Vorreiterrolle in der Bahntechnologie einbüßen. Die Konkurrenz im Ausland schläft nicht. Ich frage mich, warum man fünf Milliarden Euro für Elektro-



Verkehrspolitiker Martin Burkert (2.v.r.) stellt sich den Fragen der Moderatorin. Auf dem Podium zudem Dr. Ben Möbius (VDB), Malte Lawrenz (VPI), Martin Schmitz (VDV), PStS Enak Ferlemann und Sven-Christian Kindler, MdB der Fraktion Bündnis 90/GRÜNE (v.l.).

mobilität ausgibt, aber keinen Cent, um mit einem System – welchem auch immer – Containerzüge auf die Schiene zu bringen. Ein weiteres Beispiel: Die Automobilindustrie investiert derzeit, bezogen auf den Umsatz, acht Mal mehr Geld in die Zukunftsfähigkeit als es die Schiene tut. Das muss sich ändern.

Im Koalitionsvertrag hatten wir beschlossen, ein eigenständiges Forschungsprogramm für den Schienenverkehr einzurichten. Das Deutsche Zentrum für Schienenverkehrsfor- schung wird nun Realität und in Dresden errichtet. Neue Antriebstechniken für Eisenbahnen sowie generell neue

Technologien für den Bahnverkehr sollen dort erforscht und entwickelt werden. Forschungsbedarf besteht zum Beispiel auch beim CO2-freien Verkehr auf nicht elektrifizierten Strecken. Insgesamt stehen im Jahr 2019 für das Forschungszentrum fünf Millionen Euro zur Verfügung.

Klimafreundliche Mobilität braucht eine starke Schiene. Schon heute werden über 90 Prozent der Transportleistung auf der Schiene elektrisch gefahren. 44 Prozent des Bahnstroms kamen 2017 in Deutschland aus erneuerbaren Energien. Darum müssen wir der Schiene in der Verkehrswende höchste Priorität einräumen.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb



Die Mär vom bösen Wolf

Die SPD steht zum Schutz der Artenvielfalt, auch wenn es schwierig wird. Der Wolf spielt im Ökosystem Wald eine große Rolle.

Oft verkannt und durch Märchen und alte Geschichten verteufelt genießt der Wolf heute einen wesentlich besseren Ruf. Er ist ein heimisches Wildtier und findet langsam wieder in unsere Natur zurück. Wichtig ist, die natürliche Lebensweise des Wolfes zu erhalten – dazu gehört seine Scheu vor Menschen.

Angriffe auf den Wolf: Maßlos und überzogen

Die FDP bläst – zusammen mit der AfD – nun das große Halali auf alle Wölfe. Das ist maßlos und absolut überzogen. Natürlich muss ein Wolf, der die Scheu vor dem Menschen oder den Herden verloren hat, unschädlich gemacht und zumeist erschossen werden. Hierzu gibt es aber bereits hinreichend Möglichkeiten, die auch angewandt werden – in diesen Tagen beispielsweise im Bundesland Schleswig-Holstein.

Die Forderungen, Wölfe ins Jagdrecht aufzunehmen, sind besonders aus zwei Gründen falsch. Erstens wird dadurch auch in Zukunft kein Wolf daran gehindert, ein Schaf oder andere Nutztiere zu reißen. Er würde ja nicht präventiv erschossen werden. Die Aufnahme ins Jagdrecht läuft aber auch noch aus einem zweiten Grund ins Leere: Der Artenschutz steht über dem Jagdrecht. Der Wolf ist selten und gefährdet und steht unter strengem Naturschutz.



Die Rückkehr des Wolfs in unsere Wälder sorgt für Diskussionen.

Foto: pixabay.de

Effektiver und nicht populistisch – unser Vorschlag: Herdenschutz!

Schäfer können ihre Bestände mit mehr Hütehunden besser schützen. Wir haben dafür auch eine 100 %-Förderung durchgesetzt. Sollte trotzdem ein Lamm oder Schaf gerissen werden, muss der Schäfer entschädigt werden. Auch das ist bereits erledigt, dem Schäfer wird der Wert des ganzen Schafes ersetzt.

Mit etwas gutem Willen und etwas mehr Sachverstand kann man etwas für den Artenschutz und für die schafzüchtende Landwirtschaft tun. Bei der

FDP habe ich noch Hoffnung – wenn man es ihnen mehrmals und langsam erklärt –, dass sie genauso zu dieser Einsicht kommen. Die AfD wird wohl keiner überzeugen können.

Über 100 Jahre war der Wolf in Deutschland ausgestorben. Nun ist er in kleiner Zahl in seine Heimat zurückgekehrt. Natürlich kann es dabei zu Konflikten kommen, aber die muss man eben mit Vernunft lösen. Wir müssen das Zusammenleben mit dem Wolf wieder neu lernen, der im Ökosystem Wald eine wichtige Rolle übernimmt. Die SPD steht zum Schutz der Artenvielfalt – auch, wenn es schwierig wird.